

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 51 (1957)
Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : was wird aus Ungarn? ; Umkehr? ; Kalter Krieg - wie gewohnt ; Politik der unbegrenzten Möglichkeiten ; Die Bäume wachsen nicht in den Himmel ; Ost- und Südasien
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140154>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zurück. Da beschuldigte mich ein Polizeikommissar, ich sei ein Aufwiegler. Ich sagte zu ihm: „Ich will, daß das Gesetz respektiert wird. Wer Menschen am Arbeiten hindert, ist ein Mörder.“

Man nahm mich fest. Ich setzte mich auf den Boden, und vier Polizisten mußten mich aufheben und zu ihrem Wagen schleppen. Ich bin 1 m 82 cm groß und 95 Kilo schwer: wenn ich hätte Widerstand leisten wollen, wäre es mir gelungen. Aber ich habe von jeder Gewalt-handlung abgesehen. Ich hatte mir vorgenommen, mich wie die Inder zu benehmen, und ich habe mich daran gehalten.»

Er wurde zu 50 Tagen Gefängnis verurteilt, die ihm bedingt erlassen wurden.

Um die Weihnachtszeit 1956 führte Dolci wieder ein längeres Fasten durch, diesmal vor allem unter Beteiligung der Bevölkerung von Palermo. Die bürgerliche Presse Italiens hat, im Gegensatz zu früher, fast ganz darüber geschwiegen. Es wurden auch einzelne Stimmen laut, welche die ganze Tat Dolcis ins Lächerliche ziehen wollten mit dem Hinweis auf den großen Unterschied zwischen ihm und Gandhi. Als ob der Unterschied zwischen jedem christlichen Verkünder des Wortes und Christus nicht noch viel größer wäre.

Wir denken, daß alle tätige und initiative Arbeit von Einzelnen und Gruppen für eine Neugestaltung des Gemeinschaftslebens wichtig ist und daß wir das Schaffen dieser Menschen dankbar unterstützen sollen.

B. Wicke

WELTRUNDSCHAU

Was wird aus Ungarn! Die inneren Auseinandersetzungen im Kreis der «Neuen Wege», die unsere Leser kennen, haben bewirkt, daß zwischen unserer letzten Weltrundschau und der vorliegenden ein Zeitraum von einem vollen Vierteljahr liegt. Es ist dem Schreibenden darum ganz unmöglich, die weltpolitischen Entwicklungen, die sich in diesen drei Monaten abgezeichnet haben, in der gewohnten (verhältnismäßigen!) Ausführlichkeit zu beleuchten; er muß sich darauf beschränken, sie in großer Knappheit zusammenzufassen und ihren Sinn zu deuten, so gut ihm das gelingen mag.

Beginnen wir mit *Ungarn*, das uns das letztemal vor allem anderen beschäftigt und recht eigentlich aufgewühlt hat. Was seither in dem unglücklichen Land geschehen ist, kann uns nur in der Überzeugung

bestärken, daß die Sowjetunion mit ihrem militärischen Eingreifen schweres Unrecht und einen verhängnisvollen Fehler begangen hat – vielleicht den verhängnisvollsten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Wohl ist der Volksaufstand niedergeschlagen und die «Ordnung» wiederhergestellt worden, aber das Problem Ungarn ist dadurch mit nichten gelöst, vielmehr nur noch weiter verwickelt und noch schwerer lösbar gemacht worden. Denn was jetzt in Ungarn herrscht, das ist ganz einfach politischer Terror, der sich völlig auf das sowjetische Militär stützen muß. Die Regierung Kadar unterdrückt mit härtester Gewalt alle oppositionellen Kräfte und Bewegungen: unter den Arbeitern, bei den Bauern, in der Studentenschaft, bei den Intellektuellen (das Schicksal des nach Rumänien verschleppten Georg Lukacs, des bedeutenden Literatur- und Gesellschaftskritikers, gibt zu besonderer Beunruhigung Anlaß); sie hat auch den bereits als abgeschafft betrachteten obligatorischen Russischunterricht wieder eingeführt, obwohl der Haß gegen alles Russische in der Bevölkerung heute zehnmal größer ist als vor dem Aufstand – kurz, sie scheint es geradezu darauf abgesehen zu haben, aufs neue eben die Leidenschaften zu wecken, die zu der Oktober-/November-Revolution geführt haben: den wilden Haß gegen das kommunistische Gewaltsystem und gegen die sowjetische Fremdherrschaft.

Das alles, so wenden die Verteidiger des Regimes Kadar freilich ein, sei eben eine harte, tragische Notwendigkeit, wenn die Gegenrevolution endgültig gebrochen und der Sozialismus gerettet werden solle. Aber ein Regime, das s o l c h e Mittel gebrauchen muß, um sich zu behaupten, verurteilt sich damit selbst. Man versteht gewiß die Furcht vor einer Wiederherstellung der vorrevolutionären Zustände, deren Sicherung das Ziel des Horthy-Faschismus gewesen war (Horthy selbst ist ja erst kürzlich hochbetagt im portugiesischen Exil gestorben); das würde bedeuten, daß von den 15 Millionen Hektaren ungarischen Grund und Boden wieder fünf Millionen der katholischen Kirche und weitere fünf Millionen den Feudalherren und Kapitalisten zufallen würden, daß aufs neue ein nach Millionen zählendes Landproletariat entstünde und die sozialisierten Bergwerke und Industriebetriebe den alten Privatbesitzern ausgeliefert würden, während die Arbeiter mit Hungerlöhnen abgespiesen würden, daß die Volksbildung auf ihren früheren Tiefstand zurücksinken würde und eine ausbeuterische Oberschicht allein über die Geschicke des Landes zu bestimmen hätte. Man versteht, so sagten wir, die Furcht, dieses ganze verhaßte Regime könnte wiederkehren und die revolutionären Errungenschaften der Jahre nach 1945 zunichte machen.

Aber alles, was seit den Oktober-/November-Ereignissen ans Licht gekommen ist, spricht dafür, daß von einer wirklichen Gefahr, die Gegenrevolution und die faschistische Reaktion könnten siegen, keine

Rede war und ist.* Die neue wirtschaftlich-soziale Ordnung ist derart fest begründet und wird von ihren Nutznießern, besonders den Bauern, Arbeitern und Studenten, so entschlossen verteidigt, daß ihr Umsturz (im gegenrevolutionären Sinn) nie ernstlich in Frage stand und auch heute nicht droht. Das bestätigt auch John O'Kearney in der Neuyorker «Nation» (2. Februar) auf Grund von Aussagen ungarischer Flüchtlinge in Wien, die gegen die tendenziösen Berichte der amerikanischen Presse über den Volksaufstand protestieren, aber auch feststellen: «Die klare Wahrheit ist, daß die Vorhut und die Hauptmasse der Rebellion aus Intellektuellen und Arbeitern bestand, die marxistischer, sozialistischer als das Regime waren, aus Menschen, die wirkliche Kommunisten waren im Gegensatz zu den stalinistischen Bürokraten, die sie beschuldigen, daß sie Ungarn mit reaktionären, faschistischen Methoden regiert hätten.» Es ist sicher richtig, daß sich gegenrevolutionäre Kräfte aller Art, begünstigt vom westlichen Ausland her, der Aufstandsbewegung zu bemächtigen suchten und daß unmenschliche Greuel an den Trägern des bisherigen kommunistischen Regimes verübt wurden. (In einer von der Regierung Kadar herausgegebenen Schrift «Die konterrevolutionären Kräfte bei den Oktober-Ereignissen in Ungarn» werden zahlreiche Beispiele solcher Unmenschlichkeit aufgezählt.) Aber diese Kräfte waren nie e n t s c h e i d e n d für den Gang der Bewegung, die eine wirkliche Volkserhebung gegen die Massenarmut, gegen den einheimischen Gewaltkommunismus und gegen die sowjetische Ausbeutung und Militärherrschaft war. «Was am 23. Oktober wirklich passierte, hatte nichts mit Gegenrevolution zu tun, aber alles mit Gegenterror», stellt Basil Davidson fest. Und nachdem er die mörderische Jagd auf AVH-Männer (Angehörige der Staatspolizei) erwähnt hat, die vorher selber «schreckliche Greuelthaten» begangen hätten, fährt er fort: «So widerlich auch diese Vorkommnisse waren, so konnte man in Wirklichkeit doch nicht behaupten, daß sie einem ‚weißen Terror‘ gleichkamen. Auch gab es überhaupt keine jüdenfeindlichen Zwischenfälle, und der Antisemitismus war doch immer ein untrennbarer Bestandteil des ungarischen Faschismus, ja des Faschismus überall, gewesen.» Die Ermordung Unschuldiger durch den Pöbel am 2. November habe im übrigen zahlenmäßig nur einen geringen Bruchteil der Mordtaten des Regimes Rakosi ausgemacht, denen die Sowjetregierung so lange wohlwollend zugeschaut habe. Auf jeden Fall habe die Rote Armee nicht deswegen eingegriffen, um diese Ausschreitungen zu unterdrücken.

Aber auch die Rechtsschwenkung der Regierung Imre Nagy war

* Aus der großen Ungarn-Literatur sei vor allem eine kleine, freilich englisch geschriebene Darstellung von Basil Davidson «What really happened in Hungary?» hervorgehoben. Der wohlbekannte, auf sauber sozialistischem Boden stehende Verfasser, dessen Zuverlässigkeit für mich ebenso feststeht wie seine Urteilsfähigkeit, hat die ungarischen Ereignisse vom 28. Oktober bis 8. November selbst miterlebt.

kein zureichender Grund für dieses Eingreifen. Diese Schwenkung ist freilich Tatsache. Auch der unlängst verstorbene, sehr antikommunistische rumänische Politiker Grigore Gafencu gab das in der «Neuen Zürcher Zeitung» (1956, Nr. 3347) unumwunden zu:

«Im Laufe der Schlacht war er (Nagy) der autorisierte Sprecher für die Wünsche der ganzen Nation geworden und verlangte erstens freie Wahlen, das heißt die Bekräftigung des Mehrheitsprinzips, unter dem die Macht der Nation und nicht mehr der Partei zukommt; der nationale Staat sollte an die Stelle des ‚sozialistischen‘ Staates treten. Zweitens verlangte Nagy den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt, was die Auflösung des sowjetischen Militärblocks bedeutet hätte, und drittens die Neutralisierung Ungarns, was die Rückkehr dieses Landes zu Europa und zur Gemeinschaft der freien Völker zur Folge gehabt hätte.»

Das war zweifellos eine ernste Bedrohung der Machtstellung der Sowjetunion und des ganzen kommunistischen Regimes in Ungarn selbst. Aber es war keine versuchte Gegenrevolution; wenn das Programm Nagys erfüllt worden wäre, so wäre Ungarn eine parlamentarische Demokratie im Sinne Österreichs oder der Schweiz, aber mit weitgehender Sozialisierung der Industrie, geworden, auf keinen Fall jedoch eine faschistische Diktatur. Man kann noch weiter gehen und sagen, daß unter den damaligen Umständen freie Wahlen, wie Nagy sie in Aussicht nahm, undenkbar gewesen wären und irgendein autoritäres Regiment – wenn auch vielleicht in Übereinstimmung mit den Wünschen und Interessen der Volksmehrheit – sich im Bürgerkrieg durchgesetzt hätte. Aber wiederum: Gegenrevolution wäre das nicht gewesen. Wenn dieses Stichwort trotzdem ausgegeben wurde, wenn schon Gerö am 23. Oktober die Demonstranten als Gegenrevolutionäre bezeichnete, wenn am 4. November der Kommandant der sowjetischen Truppen in Ungarn erst recht von einer «finsternen Reaktion» sprach, die mit Hilfe «gegenrevolutionärer Banden» die Herrschaft an sich gerissen habe, wenn am 12. Februar, dem Jahrestag des Einmarsches der Sowjetarmee in Budapest, das kommunistische Zentralorgan «Nepszabadsag» schrieb, die gleichen Elemente, die 1945 verjagt worden seien, hätten im Oktober 1956 ihrerseits die Sowjettruppen vertreiben wollen, um die tausendmal verhaßte Herrschaft der Feudalherren wiederherzustellen – so entspricht das einfach der kommunistischen Gewohnheit, jeglichen Versuch, ein irgendwo aufgerichtetes kommunistisches Regime auch nur zu mildern, geschweige denn zu überwinden – und sei es auch durch einen mehr demokratischen Sozialismus –, als «Konterrevolution» zu brandmarken. Ganz ähnlich ist es ja auf bürgerlich-kapitalistischer Seite üblich, alle einigermaßen radikale Opposition gegen die herrschende Ordnung als «Kommunismus» zu verschreiben und alle gewaltgläubigen Gegner des Kommunismus als «Freiheitskämpfer» zu feiern, so wie es jetzt mit den

ungarischen Aufständischen und Flüchtlingen geschieht, einerlei ob es sich um Kleinbürger, Bauern, Sozialdemokraten, Reaktionäre oder Faschisten handelt. Das eine ist so dumm und unwahr wie das andere; aber daß man damit gute Geschäfte machen kann, weiß heute jeder Lehrling der Wissenschaft von der politischen Propaganda.

Ich würdige vollauf die Schwere der Entscheidung, vor die Anfang November 1956 die Sowjetführung gestellt war. Die «Auflösung des sowjetischen Militärblocks», von der Gafencu spricht und auf die man in der «freien Welt» spekulierte, wäre eine sehr ernste Sache gewesen, zumal in einem Augenblick, da der britisch-französisch-israelische Krieg gegen Ägypten die Gefahr eines neuen Weltkrieges in greifbare Nähe rückte. Und doch hatte die Sowjetunion kein Recht, den ungarischen Volksaufstand mit Waffengewalt niederzuschlagen. Ich halte es durchaus mit Professor Cole, der im «New Statesman» (12. Januar) schrieb:

«Im Gegensatz zu den Kommunisten empfinde ich es als moralisches Unrecht, einem Volk durch äußere Gewalt eine Regierungsform aufzuzwingen, auch wenn sich ein solches Vorgehen für die Sache der Weltrevolution günstig auswirkt – was, wie ich glaube, im vorliegenden Fall nicht wahrscheinlich ist. Ich bin einfach nicht bereit, alle anderen Erwägungen der Förderung des Sozialismus – an den ich glaube – und noch viel weniger derjenigen des Sowjetkommunismus – an den ich nicht glaube – unterzuordnen. Ich halte dafür, daß der Sozialismus rechtmäßigerweise nur mit Mitteln erstrebt werden kann, die im Einklang mit einer anständigen sittlichen Haltung stehen, und dazu gehört es, jedem Volk die Freiheit zu lassen, seine eigenen Angelegenheiten selber zu ordnen – zum Guten oder zum Bösen. Insofern glaube ich, daß die Völker ein Selbstbestimmungsrecht haben, und lehne die Auffassung ab, das einzig wahre Recht sei das ‚geschichtliche‘ Recht des Proletariats oder der Arbeiterschaft im weiteren Sinn – als weltumfassender Kraft –, alle Gegner im allgemeinen Interesse der Weltrevolution zu überwältigen.»

Umkehr! Wie soll nun aber das Problem Ungarn *wirklich* gelöst werden? Wie soll der ungeheure moralische und materielle Schaden wiedergutmacht werden, den die sowjetische Gewaltaktion angerichtet hat? Die nächstliegende Antwort ist natürlich: durch die völlige Freigabe Ungarns wie der anderen Satelliten der Sowjetunion und die damit eng verbundene innere Liberalisierung der osteuropäischen Volksrepubliken wie der Sowjetunion selber. Daß dies nötig ist und so schnell und gründlich als nur möglich geschehen muß, darüber kann kein Zweifel bestehen. In der ganzen k o m m u n i s t i s c h e n B e w e g u n g muß eine W e n d u n g erfolgen, ja eine völlige Umkehr – weg von der materialistischen Lebensauffassung

und Weltanschauung mit ihrem Gewaltglauben und ihrer Menschenverachtung hin zu einem geistig-sittlichen Welt- und Menschenbild, als Voraussetzung auch der politischen und sozialen Erneuerung. Sozialismus, Demokratie und Frieden gedeihen dauerhaft auf keinem anderen Boden.

Wenn das gesagt ist, muß aber gleich beigefügt werden, daß dem nicht- und antikommunistischen Westen, vor allem dem «christlichen» Abendland, eine ebenso radikale Erneuerung und Umkehr nottut. Mit seinem theoretischen und praktischen Materialismus, mit seinem gottlosen Kapitalismus und Militarismus und mit seiner heidnischen Kultur überhaupt ist er ja dem Kommunismus das einprägsamste Vorbild geworden – bis auf den heutigen Tag. Gerade auch die Angliederung und Beherrschung von Satellitenstaaten wie die Ausbildung eines zentralistischen Diktatur- und Terrorsystems wäre im Osten in dieser Form niemals möglich gewesen ohne die erbitterte Feindschaft gegen die Sowjetunion und die Angst vor der sozialen Revolution, die die Politik des Westens gegenüber dem Osten seit nunmehr vierzig Jahren kennzeichnet. Der endliche Verzicht auf die berüchtigte «Politik der Stärke», auf den «kalten» Krieg gegen die Sowjetunion muß darum von der sogenannten freien Welt her entscheidend mithelfen, die Umkehr der kommunistischen Haltung zu ermöglichen, die wir fordern. «Es ist albern, anzunehmen», so schrieb erst dieser Tage Kingsley Martin, der Chefredaktor des «New Statesman» (9. Februar), «daß sich die Sowjetunion aus Ostdeutschland oder den Satellitenländern zurückziehen werde, wenn der Westen weiterhin im Blick auf einen künftigen Krieg mit Rußland NATO-Stützpunkte in Deutschland aufrechtzuerhalten und Deutschland wiederzubewaffnen sucht. Die Gründe für eine solche Politik (der Räumung Westdeutschlands durch die Atlantikmächte) sind heute so stark geworden, daß, was früher als naives Entgegenkommen gegenüber sowjetischen Wünschen verlästert wurde, jetzt offen von Gaitskell, Walter Lippmann und den deutschen Sozialdemokraten befürwortet wird.»

Wie steht es nun aber «realpolitisch» mit den Aussichten auf eine grundsätzliche Wendung in Ost und West? In der Sowjetunion hat unter dem Eindruck des ungarischen Volksaufstandes diejenige Richtung wieder die Oberhand gewonnen, die die Liberalisierung im Innern und die Lockerung des Griffes auf die Satelliten als verfrüht oder doch zu weitgehend bezeichnet. Chruschtschew, der vor Jahresfrist den Stalinismus so rücksichtslos-brutal bloßstellte und anklagte, hat sich jetzt wiederholt erneut als «Stalinisten» bekannt, Stalin als «Musterkommunisten» gefeiert und den «Nationalkommunismus» in den Volksrepubliken als Ketzerei abgetan. Die Liberalisierung geht demgemäß in der Sowjetunion auch nur in mäßigem Tempo weiter, sowohl im staatlichen Betrieb wie innerhalb der Kommunistischen Partei. Und gegen die Behauptung, in Ungarn habe eben die Gegen-

revolution niedergeworfen werden müssen, erhebt sich mindestens in der sowjetischen Öffentlichkeit kein Widerspruch. Immerhin glaubt Edward Crankshaw, ein guter Rußlandkenner, im Londoner «Observer» (10. Februar) feststellen zu dürfen: «So gewalttätig und heimtückisch die sowjetische Aktion in Ungarn sicherlich war, so war sie doch eine Panikaktion und wurde nicht mit der rücksichtslosen, vernichtenden Logik durchgeführt, die für Stalin kennzeichnend war. Durch die ganze Führung ihrer Operation zeigten die Russen, daß sie sich schämten – und das ist etwas Neues. Andererseits geht die Entstalinisierung der Sowjetunion, wenn auch einigermaßen gehemmt, doch immer noch weiter.»

Außerhalb der Sowjetunion weist die Entwicklung des Kommunismus ein zwiespältiges Bild auf. *Jugoslawien* setzt seine Dezentralisationspolitik im Innern, bei gleichzeitig recht weitgehender Diskussionsfreiheit, planmäßig fort und behauptet seine Unabhängigkeit von Moskau. In *Polen* haben die scharfmacherischen Altkommunisten vergeblich einen Ansturm gegen das neue Regime unternommen; Gomulka hat bei den Wahlen im Januar, die verhältnismäßig frei vor sich gingen, einen durchschlagenden Erfolg erzielt und der aus Neukommunisten, Bauernvertretern und Demokraten gebildeten Regierungskoalition die unbedingte Mehrheit im Parlament zu sichern vermocht. Ein demokratischer Sozialismus ist hier im Entstehen begriffen, der auch über der nationalen Selbständigkeit gegenüber der Sowjetunion eifersüchtig wacht.

Bulgarien und *Rumänien* scheinen von Moskau aus weiterhin fest am Zügel gehalten zu werden, desgleichen *Albanien*, das gegenüber dem unbotmäßigen Jugoslawien geradezu herausfordernd aggressiv auftritt. Es sieht überhaupt ganz darnach aus, daß ein neuer Bannfluch der Mitgliedstaaten des Ostblocks überhaupt, außer Polen, gegen Jugoslawien bevorsteht. In *Ostdeutschland* wächst, auch im Zusammenhang mit den großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die politische Spannung zusehends, aber das Regime Ulbricht-Grotewohl setzt alle staatlichen Machtmittel ohne Bedenken ein, um die Opposition – wenn man die Gegnerschaft von mindestens 90 Prozent der Bevölkerung überhaupt noch so heißen will – niederzuhalten. Wie lange wird ihm das gelingen?

Im nichtkommunistischen Europa ist der «Stalinismus» zwar überall erschüttert – auch in der Schweiz –, aber nirgends eigentlich gebrochen. Am wenigsten wohl in *Frankreich*. Zwar gärt es im Parteivolk und in der kommunistisch gestimmten Arbeiterschaft recht stark; bei den kommunistischen Intellektuellen – besonders den Künstlern und Schriftstellern – ist es sogar zu einer eigentlichen Revolte gekommen, der besonders Jean-Paul Sartre mit einer schneidend scharfen Absage an die Kommunistische Partei im «Express» weithin tönenden Ausdruck verliehen hat. («Bis heute konntet ihr euch immer als die Partei

der Ermordeten ausgeben. Heute seid ihr in den Augen der ganzen Welt die Partei der Mörder.») Allein äußerlich steht die Partei von Maurice Thorez so fest und unbußfertig da wie nur je, nicht zum wenigsten dank dem moralischen Bankerott der Sozialdemokratie, über deren Führer (und Verführer) Sartre ebenfalls ein vernichtendes Urteil fällt, wenn er schreibt: «Man kann sich in der Geschichte schwer jemanden vorstellen, der gleichzeitig so viele Menschen verraten hat wie Mollet . . . Er hat aller Welt ein Bild von Frankreich enthüllt, das wir uns weigern als wahr anzunehmen: grausam gegen die Schwachen, feig vor den Starken.»

Der gesamteuropäische Kommunismus bietet so zunächst wenig Hoffnung auf eine radikale Umkehr, wenn auch die Kräfte, die auf seine innere Umwandlung hindrängen, fortwirken und eines Tages gewiß überwältigend durchbrechen werden. Aber es werden schon neue, heftigste Stöße von außen nötig sein, bis es so weit kommt. Auf jeden Fall steht der Sowjetblock in einer mächtigen Krise, deren Symptome trotz allen Versuchen, die Risse zu verkleistern, auf seine früher oder später eintretende Sprengung hindeuten mit folgender gründlicher Neuordnung der Beziehungen zwischen den osteuropäischen Volksrepubliken und der Sowjetunion.

Kalter Krieg — wie gewohnt Und der «demokratische» Westen? Auch er zeigt wenig ernsthafte Ansätze zu einer gründlichen Wendung, beharrt vielmehr jetzt erst recht in seinem verbissenen Antikommunismus und sucht das Heil nach wie vor in der Politik der «Stärke», das heißt der Kriegsrüstung und des propagandistisch-politischen Druckes auf die Sowjetunion. Daran trägt natürlich die russische Ungarn-Aktion eine ganz wesentliche Schuld. Aber unbestreitbar ist auch, daß die Westmächte auf sie ganz falsch reagiert haben. Statt das sowjetische Eingreifen in Ungarn als einen Versuch zu verstehen, die in die Brüche geratene Einheit des Ostblocks zu retten, stellte der Westen es als neuen Beweis für die von ihm stets behauptete Angriffslust und teuflische Gewaltpolitik Moskaus dar, die alle friedliche Koexistenz der «freien Welt» mit der Sowjetunion ausschließe. Die Scharfmacher triumphierten wieder allorten und verkündeten — um mit Nehru zu reden — «die Lehre vom Kalten Krieg in ihrer intensivsten Form», mit dem Ergebnis natürlich, daß auch die Sowjetunion ihrerseits wieder mehr und mehr auf ihre militärische Stärke pocht. Es ist gut möglich, daß die Ersetzung Schepilows als Außenminister durch Gromyko mit dieser erneuten Erstarung der Fronten zusammenhängt. Die Ablehnung der neuen sowjetischen Verständigungsvorschläge durch den Westen — Adenauers sture Antwort an Bulganin zum Beispiel und die kalte Schulter, die in Washington, London und Paris Schepilow bei seinem Vorstoß zugunsten

einer Neutralisierung des Mittelostens gezeigt wurde – scheinen Moskau überzeugt zu haben, daß mit dem Westen einfach nicht zu reden ist und daß die Fortsetzung des Wettrüstens als unausweichliche Tatsache hingenommen werden muß.

Die Westregierungen schwatzen natürlich beständig von *Abrüstung*, um die Völker zu täuschen. Die Vereinigten Staaten haben erst kürzlich (am 14. Januar) der UNO einen neuen Abrüstungsplan unterbreitet, der unter anderem eine bedeutende Herabsetzung der Truppenbestände (auf zweieinhalb Millionen für die USA und die Sowjetunion, 750 000 für England und Frankreich) vorsieht sowie die Einschränkung und schließliche Abschaffung der Versuche mit Atomwaffen, wie sie jetzt überall gefordert wird (energisch auch von Stevenson, der zweimal für die Demokraten gegen Eisenhower kandidiert hat). Gleichzeitig hat sich in Amerika eine Strömung entwickelt, die auf den Abzug der amerikanischen und – als Gegenleistung – der sowjetischen Streitkräfte aus Mitteleuropa drängt. Und Großbritannien geht offen bereits auf eine Verminderung seiner Besatzungsmacht in Westdeutschland von 80 000 auf 53 000 Mann aus, der ein entsprechender Abbau auch in Korea, Jordanien, Libyen, Hongkong, Malaya und Singapore folgen soll, ja angeblich sogar eine Herabsetzung der Zahl aller Landstreitkräfte um 50 Prozent in dem Maße, da England eigene Atomwaffen und Fernlenkgeschosse herzustellen vermöge.

Aber all diese schönen Pläne haben ja meistens nur den Zweck einer *Umrüstung* – der Umstellung auf den Atomkrieg – und zugleich freilich auch der Kostenverminderung. Und was namentlich die Räumung Mitteleuropas von fremden Besatzungen betrifft, so lehnt die amerikanische Regierung eine Vereinbarung darüber mit der Sowjetunion entschieden ab, so wie sie auch über die britischen Abbauvorschläge stark beunruhigt ist, die eben jetzt, da ich schreibe, vom Ministerrat der Westeuropäischen Union sehr kritisch unter die Lupe genommen werden, da dadurch geradezu der Bestand der Westallianz gefährdet werde. Auf jeden Fall erklärt sich der Oberkommandant der NATO, der amerikanische General Norstad, bei jeder Gelegenheit gegen jegliche «Schwächung der Schlagkraft der freien Nationen» und droht unausgesetzt mit dem Einsatz der Atomwaffen, in deren Bereitstellung die NATO ihrem möglichen Gegner klar überlegen sei. Auf die Frage, ob nicht der Druck der öffentlichen Meinung und die beidseitige Angst vor einem Atomkrieg die Anwendung von Kernwaffen verhindern könne, wie sie im Zweiten Weltkrieg die Anwendung von Giftgas verhindert habe, antwortete er im vergangenen Dezember in Neapel, man könne die Atomwaffen nicht mit dem Giftgas vergleichen, da sie nur gegen bestimmte Ziele eingesetzt würden. «Wenn aber», so fügte er hinzu, «unsere Rettung und die Rettung der Freiheit vom Einsatz solcher Waffen abhängen würde, dann sollten und würden sie eingesetzt werden.» Und P. H. Spaak, der neue Generalsekretär der

NATO, betonte etwa gleichzeitig in Paris, die NATO habe sich darauf festgelegt, im Fall eines Angriffes sofort mit Atomwaffen zurückzuschlagen, auch wenn der Angriff nur mit den hergebrachten Waffen unternommen worden sei.

Eine unheimliche Aussicht! Denn was ein kommunistischer Angriff ist, darüber entscheidet ja die NATO selbst, und das heißt tatsächlich eine Handvoll Politiker und Militärs, die damit gleichzeitig Ankläger, Richter und Urteilstvollstrecker werden. Begreiflich, daß sich in den Völkern die Unruhe über die sich hier eröffnenden Möglichkeiten immer mehr ausbreitet. In den Londoner «Peace News» (15. Februar) hat dieser Unruhe der Labourabgeordnete Emrys Hughes lebhaften Ausdruck gegeben. «Nein, Herr General», rief er Norstad zu, «Ihre Strategie und Ihre Pläne können England oder Westeuropa nicht Frieden und Sicherheit bringen. Je mehr Sie in Ihrem Pariser Hauptquartier den Westen auf den Krieg hin organisieren, desto mehr organisieren die Generale in ihren Hauptquartieren in Moskau ebenfalls auf den Krieg hin. Die Folge ist eine lähmende Wirtschaftslast auf beiden Seiten, eine niedrigere Lebenshaltung überall in Europa. Manche von uns glauben nicht, daß Rußlands Pläne auf einen Angriff abzielen. Seine militärische Stärke ist eine Antwort auf diejenige des Westens. Beide beruhen auf Furcht. Dieser Furcht ein Ende zu machen – das ist der einzige Weg zu Frieden und Sicherheit. Auf *Ihrem* Weg gibt es für uns keine Hoffnung.»

Aber natürlich setzen sich die Führer der Westmächte über solche Warnungen ebenso kühl hinweg wie über die Proteste, die aus ihren Völkern gegen die Ernennung des deutschen Generals Speidel zum Kommandanten der Landstreitkräfte der NATO in Mitteleuropa kommen. Man versucht jetzt zwar, Herrn Speidel als eine Art Widerstandskämpfer gegen Hitler hinzustellen. Tatsache ist aber – wie zum Beispiel unser Freund Buskes in der «Militia Christi», dem Organ der christlichen Antimilitaristen Hollands, festhält (16. Februar) –, daß Speidel als Chef des Generalstabs der deutschen Besatzungsarmee in Frankreich im Jahr 1941 Geiselschießungen, unmenschliche «Sühnemaßnahmen», Judenverschleppungen und ähnliche Schändlichkeiten angeordnet oder doch gedeckt hat, ohne bisher von diesen Untaten öffentlich abgerückt zu sein. Unter den Franzosen wie auch sonst in Westeuropa empfinden es nicht wenige einfach als Schmach, daß ein solcher Kriegsverbrecher (man kann es nicht anders nennen) heute französische, amerikanische, britische, belgische, holländische Truppen kommandieren darf – aber zu einem a l l g e m e i n e n Widerstand gegen Speidels Beförderung reicht es eben doch nicht, so wenig wie zu einem wirksamen Widerstand der Westdeutschen gegen die Wiederaufrichtung der Wehrmacht ihrer Bundesrepublik. Das Mark scheint den Völkern aus den Knochen gesogen zu sein... auch in unserer Schweiz, deren Widerstand gegen die phantastischen, unverantwort-

lichen Kriegsrüstungen auf kleine, anscheinend machtlose Kreise beschränkt ist, während große, einflußreiche Organisationen wie der Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei sich damit zufrieden geben, Einzelheiten an den Militärvorlagen zu kritisieren, grundsätzlich aber gegen diese ganze Art von Landesverteidigung nichts einzuwenden haben!

Politik der unbegrenzten Möglichkeiten Wozu aber, so fragt man sich immer wie-

der, all diese ungeheuren Rüstungsanstrengungen? Daß die Sowjetunion (oder China) auf gewaltsame Eroberungen ausgehe, kann man heute nur noch unwissenden Kindern weismachen. Sogar die «Neue Zürcher Zeitung», die wahrlich an Schürung der Feindseligkeit gegen die Ostmächte das Höchstmaß leistet, gibt zu (in Nr. 303, 1957), «daß Moskau keinen ‚großen‘ Krieg sucht, in dem die strategischen Waffen auftreten», um dann freilich gleich doch wieder von den «Eroberungsplänen Moskaus» zu reden, die es nötig machten, «in den bedrohten Gebieten der Unterwühlung, der Eroberung durch stellvertretende Aggression, der Überwältigung durch ‚kleine‘ Kriege Widerstand (zu) leisten» – eine bloße Phrase, besonders wenn man bedenkt, daß – wir haben es schon einmal gesagt – der Sowjetunion in Europa *jeder* Krieg durch die völlige Unzuverlässigkeit ihrer Randstaaten, besonders Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns, unmöglich gemacht ist. So bleibt immer wieder nur die Feststellung übrig, daß die westliche «Politik der Stärke» keinen anderen Zweck verfolgt, als einen immer größer werdenden Druck auf die Sowjetunion auszuüben, der sie schließlich doch zum Erlahmen, ja zum Zusammenbruch bringen soll, in Verbindung mit der Unabhängigkeitsbewegung in den Volksrepubliken, die zu fördern man im Westen kein Mittel scheut. Die moralische und politische Schwächung, die die Sowjetunion mit ihrer katastrophalen Fehlpolitik gegen Ungarn erlitten hat, hat ja die Stellung der Vereinigten Staaten in Europa ohnehin mächtig gestärkt; die Weststaaten, so sehr sie von Amerika aus ihren imperialen und kolonialen Positionen verdrängt sind, lehnen sich doch in Europa an die Vormacht des Weltkapitalismus ängstlich an, um Schutz vor kommenden sozialen und politischen Erschütterungen zu finden, die sie unerbittlich herannahen fühlen. Und die Vereinigten Staaten nützen natürlich diese unverhoffte Chance nach Kräften aus, um in dem gespaltenen Europa die beherrschende Macht zu bleiben oder immer mehr zu werden.

Aber das ist noch nichts gegenüber den wahrhaft unbegrenzten Möglichkeiten, die sich Amerika jetzt im asiatisch-afrikanischen Orient bieten. Mit ihrem fast unglaublichen Suezabenteuer haben sich Großbritannien und Frankreich als selbstbestimmende Großmächte in diesem Raum ja völlig erledigt und sich darüber

hinaus auch in ihrer «Heimpolitik» und ihrer Wirtschaft (Olmangel, Dollarknappheit usw.) noch stärker als bisher vom Wohlwollen des großen Gönners jenseits des Atlantik abhängig gemacht. Es ist so, wie man zu sagen pflegt, in Vorderasien und Nordafrika ein «Vakuum» entstanden, ein Leerraum, den auszufüllen sich die Vereinigten Staaten berufen und fähig fühlen, ja den zu schaffen sie selbst zielbewußt beigetragen haben, indem sie England und Frankreich zum Rückzug aus Ägypten zwangen. Es spricht sogar vieles dafür, daß die amerikanische Regierung bewußt England und Frankreich in das Suezabenteuer hineinschliddern ließ, wußte man doch, wie jetzt bekannt wurde, in Washington mindestens 24 Stunden vor dem israelischen Angriff, daß auch Paris und London mit im Komplott waren, ohne aber den geringsten Versuch zu machen, den üblen Streich zu verhindern. Man spekulierte einfach – und mit Erfolg – auf die Selbstausschaltung Großbritanniens und Frankreichs aus dem vorderasiatisch-ägyptischen Raum, in den man sich selbst hineinzusetzen gedachte. Was sich mit der Schwächung Englands und Frankreichs unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ereignete – eine entscheidende Machtvermehrung Amerikas –, das soll sich nun in noch größerem Maßstab wiederholen. «Die Truman-Doktrin», so schreibt Paul Sweezy in der Neuyorker «Monthly Review» (Februarheft), «war die Folge des Niederganges der britischen Macht im östlichen Mittelmeer und führte dazu, daß Griechenland und die Türkei zu amerikanischen Satelliten wurden. Die Eisenhower-Doktrin ist die Folge der Ausschaltung des britischen und französischen Einflusses im Mittelosten und in Nordafrika im Anschluß an das ägyptische Fiasko, und ihr Ziel ist, diesen ganzen Raum in eine amerikanische Einflußzone im klassisch imperialistischen Sinn dieses Ausdrucks zu verwandeln.»

Sweezy zitiert dann einen Washingtoner Bericht der «New York Times» vom 7. Januar, in dem festgestellt wird, daß die Eisenhower-Doktrin weit über den gewöhnlich als «Mittelosten» bezeichneten Raum hinausgreift: «Das Gebiet von Präsident Eisenhowers Sonderhilfsprogramm für den Mittelosten mag sich schließlich von Marokko im Westen bis Afghanistan im Osten und bis Tanganjika im Süden erstrecken. Das wurde heute von Regierungsbeamten enthüllt, die erklärten, warum der Präsident nicht genau das Gebiet umschrieben hat, dessen Verteidigung den Inhalt einer gestern dem Parlament unterbreiteten Botschaft bildet.»

Es handelt sich also nicht nur um die der Sowjetunion vorgelagerten Länder Vorderasiens; das wirkliche Ziel ist vielmehr die Beherrschung zweier Gebiete mit ungeheuren, noch lange nicht erschlossenen wirtschaftlichen Reichtümern: der ölhaltigen Länder um den Persischen Meerbusen herum (die den Russen so gut wie verschlossen sind) und weiter Landstrecken in Nord- und Zentralafrika, zu denen namentlich

auch das Niltal und das große Quellgebiet des Nils, ferner der Kongo mit seinen Uran- und sonstigen Mineralschätzen sowie die meisten noch unerforschten Gebiete der Sahara und Nordwestafrikas gehören.

Amerika hat schon jetzt starke Stellungen nicht nur im eigentlichen Orient, sondern auch in Afrika inne, besonders in Marokko, in Libyen, in Äthiopien, in Erythräa, in Nordrhodesien, im Kongo und in Liberia. Man lese die Einzelheiten darüber bei John Gunther, «Afrika von innen» (Diana-Verlag, Zürich), und Basil Davidson, «Erwachendes Afrika» (Steinberg-Verlag, Zürich). «Der europäische Kolonialismus, in seinen Möglichkeiten zu neuer Kapitalanlage geschwächt, uneinheitlich in seinen Auffassungen, wird mehr und mehr vom amerikanischen Kolonialismus verdrängt», stellt Davidson fest. «Bald werden wir zweifellos das Schauspiel erleben, daß amerikanische Verbrauchsgüter einen Kontinent überschwemmen, dessen Rettung einzig im Aufbau einer eigenen Industrie und in der Produktion eigener Waren liegen kann. ‚In fünfundzwanzig Jahren‘, prophezeite ein amerikanischer Geschäftsmann, ‚wird der amerikanische Handel die westliche Halbkugel, den Mittleren Osten, Afrika und Australien vorwiegend für sich als Absatzmarkt in Anspruch nehmen können.‘»

Die Vereinigten Staaten gedenken die Reichtümer dieses Großraumes nicht in erster Linie mit den alten, überholten Kolonialmethoden Frankreichs und Großbritanniens auszubeuten; sie ziehen den wirtschaftlich-finanziellen Imperialismus der nackten militärischen Gewaltherrschaft vor, wenn sie auch selbstverständlich ihr Netz von Luft- und Flottenstützpunkten auch auf die neu ins Auge gefaßten Länder auszudehnen entschlossen sind. Den Schöpfern des Asien-Afrika-Planes schwebt eine mehr indirekte Herrschaft vor, an deren Früchten auch die eingeborenen Bevölkerungen teilhaben sollen, ja müssen, wenn es gelingen soll, die riesigen Landkomplexe, um die es geht, in sichere Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Kapitalanlagegebiete Amerikas zu verwandeln.* Ähnliche Methoden wenden die Vereinigten Staaten schon jetzt in ihren überseeischen Untertanländern und Gefolgsstaaten an, in Südkorea und Formosa, in Südvietnam und auf den Philippinen, in Pakistan, Iran, Saudi-Arabien, der

* Das ist auch der Grundgedanke eines von der Ostberliner Zeitung «Neues Deutschland» am 15. Februar veröffentlichten vertraulichen Schreibens Nelson A. Rockefellers, des Präsidenten des Standard-Oil-Trustes, an Eisenhower vom Januar 1956, das trotz der fehlenden genauen Datierung den Eindruck der Echtheit macht. Sein Inhalt ist aber viel weniger sensationell, als es die kommunistische Propaganda darstellt, entwickelt es doch einfach den Plan, auch in Asien und Afrika vor allem wirtschaftliche Machtstellungen für die Vereinigten Staaten zu erobern und erst dann an die militärische Beherrschung dieser Länder heranzugehen, wie dies in Europa mit dem Marshall-Plan und der aus ihm herausgewachsenen NATO erfolgreich praktiziert worden sei. Es ist dabei ebenso auf die bisher neutralen Staaten, vor allem Indien, abgesehen wie auf die britischen und französischen Kolonien, die systematisch unter amerikanische Kontrolle zu bringen seien.

Türkei, Griechenland, Liberia usw. Aber es ist mehr als fraglich, ob sie auch nur diese Herrschafts- und Ausbeutungsgebiete auf die Dauer halten können, und fast sicher ist es, daß sie mit ihrem als selbstlose Hilfe an die unterentwickelten Völker getarnten neuen Kolonialregime in dem erträumten asiatisch-afrikanischen Großreich keinen Erfolg haben werden.

**Die Bäume wachsen
nicht in den Himmel**

Man kann sich zwar ganz gut eine sorgfältig geplante Politik denken, die den «Mittel-osten» (im Sinn der Eisenhower-Doktrin) dem amerikanischen Kapitalismus zu Füßen legen würde. Sie müßte die Anerkennung des kommunistischen Chinas, die Zusammenarbeit mit Nehrus Indien und demgemäß den Verzicht auf das Militärbündnis mit Pakistan sowie die Gewinnung der Freundschaft der ganzen arabischen Welt einschließen als Voraussetzung für die Durchführung eines riesigen Programms von Kapitalanlagen (in Straßen, Eisenbahnen, Häfen, Kraftwerken, Schulhäusern, Gesundheitsdiensten usw.). Das alles läge bestimmt im wohlverstandenen Interesse des amerikanischen Gesamtkapitalismus, ebenso wie eine großzügige Verständigung mit der Sowjetunion über den Orient, über Nordafrika und notwendigerweise dann auch über Europa, ohne die sich die kapitalistische Oberklasse Amerikas niemals auf die Risiken der erwähnten Kapitalanlagen einließe. Aber hat eine solche Politik die geringste Aussicht, im Parlament der USA durchzudringen? Oder könnte wenigstens die amerikanische Volksmeinung gegen den Kongreß mobilisiert werden, wenn er sich der Einstellung des Kalten Krieges gegen die kommunistischen Oststaaten widersetze, der eben a u c h, und sogar sehr ausgesprochen, entscheidenden Interessengruppen des amerikanischen Kapitalismus dienst- und nutzbar ist? Davon kann im Ernst keine Rede sein. Und das weiß man im Weißen Haus zu Washington sehr genau. Darum der Entschluß, die Eisenhower-Doktrin als Bestandteil des großen Kampfes gegen den Weltkommunismus aufzuziehen, als Plan für die «richtige» Ausfüllung des vorderasiatisch-afrikanischen Leerraumes, der um keinen Preis von der Sowjetunion besetzt werden dürfe. Damit kann man in der Tat den Kongreß ohne weiteres gewinnen, obwohl es klar genug ist, daß die Gefahr einer Einbeziehung des Orients in die sowjetische Einflußsphäre und gar seiner kriegerischen Eroberung durch die Sowjetunion denkbar gering ist. In Moskau hat man auf unabsehbare Zeit hinaus anderes zu tun, als Vorderasien und Nordafrika sich zu unterwerfen, zumal weder die herrschenden Klassen dieser Länder (die für sich von Amerika mehr erwarten als von Rußland) noch die Volksmassen (die zu rückständig für eine organisierte soziale Revolution sind) für kommunistische Beeinflussung besonders anfällig sind.

Das Fatale ist nur, daß sie auch nicht für den Antikommunismus

amerikanisch-westmächtlichen Stiles noch gar für einen wenn auch noch so gut verschleierten Neukolonialismus der Vereinigten Staaten, der an die Stelle des britisch-französischen Altkolonialismus träte, empfänglich sind. «Kalter Krieg, Militarismus, finanzielle Nothilfe – das alles mag den Kongreß ansprechen. Aber es ist Gift für die unterentwickelten Länder», bemerkt Sweezy in dem schon erwähnten Aufsatz. «Es verletzt ihren Nationalstolz wie ihr Nationalinteresse, als bloße Figuren im Großmachtskampf behandelt zu werden. Die Erhöhung der militärischen Spannungen verschärft ihre gegenseitigen Streitigkeiten und ermuntert zwangsläufig die Russen und ihre Verbündeten, sich diese Spaltungen zunutze zu machen. Vor allem jedoch trägt es nichts zur Verbesserung der Wirtschaftslage bei, die die Grundursache für die Armut, Ruhelosigkeit und Unsicherheit der nordafrikanischen und mittelöstlichen Länder ist.» Die kapitalistische Profitwirtschaft ist, wie wir hier schon wiederholt dargelegt haben, tatsächlich außerstande, die soziale Umwälzung herbeizuführen, die den unterentwickelten Völkern allein durchgreifende Hilfe bringen kann; sie kann höchstens begrenzte und ungenügende Einzelreformen – so schätzenswert sie auch sein mögen – durchführen und ist im übrigen gezwungen, sich auf die feudalistische und primitiv-kapitalistische Ausbeutungswirtschaft der eingeborenen Herrenklassen zu stützen, die die sichersten Verbündeten der amerikanischen Oberschicht im Kampf gegen die soziale Revolution und den Kommunismus sind.

Ein Beispiel dafür ist S a u d i - A r a b i e n, räumlich das größte arabische Land, aber «vielleicht die letzte noch übrigbleibende primitive und feudale Autokratie von einigem Umfang auf der Erde, im Grund unberührt von den modernen fortschrittlichen Strömungen . . . In Saudi-Arabien wird die Rechtspflege nach den barbarischen Gesetzen des Mittelalters geübt. In der primitiven Hauptstadt Riyadh steht ein Galgen auf öffentlichem Platz. Dieben werden öffentlich die Hände abgehackt. Die Stellung der Frauen ist tatsächlich diejenige von Sklavinnen . . . Sklaverei ist eine gesetzliche Einrichtung und besteht noch weithin.» (Samuel Rolbant, «The Arabs, Politics and People», London.) Mit dem Herrscher dieses unglaublichen Landes, König Saud, hat Präsident Eisenhower letzthin ein umfassendes Waffenlieferungs- und Finanzabkommen getroffen, im Interesse des amerikanischen Ölkapitals und um die Benützung des Stützpunktes Dhahran durch die amerikanische Luftwaffe für weitere fünf Jahre zu sichern. Auf dem Umweg über Saudi-Arabien unterstützen die Vereinigten Staaten gleichzeitig auch den bisherigen Satellitenstaat J o r d a n i e n und rücken so auch hier in die Stellung ein, die England so lange in Vorderasien innegehabt hat. Ähnliches gilt für Persien mit seinen Ölfeldern und Militärstützpunkten.

Amerika bemüht sich zwar jetzt sehr, sich als Gegner aller Kolonialpolitik zu erweisen, und hat damit in der Suezkrise auch einigen Erfolg gehabt. Aber kann es wirklich das Vertrauen und die Freundschaft

der Völker des Mittelostens gewinnen? Das Problem ist fast unlösbar. In A l g e r i e n, wo die Franzosen ihren abscheulichen, unsäglich grausamen Krieg gegen ein nach Unabhängigkeit dürstendes Volk fortsetzen*, sollten die Vereinigten Staaten, wenn es ihnen mit ihrem Antikolonialismus ernst wäre, die Sache der Araber in jeder Weise unterstützen – tatsächlich können sie aber nicht noch mehr Frankreich erzürnen, das sie im gemeinsamen Kampf gegen den Kommunismus so nötig brauchen. Andererseits sollten sie dem um seine Existenz kämpfenden I s r a e l gegen Ägypten und die anderen arabischen Staaten tatkräftig helfen – in Wirklichkeit verschanzen sie sich hinter rechtlichen und moralischen Grundsätzen, die sie gegen Ägypten und die Sowjetunion nicht anwenden, um Israel im Stich zu lassen, weil sie die Araber nicht vor den Kopf stoßen wollen. (Das tiefere, eigentliche Problem Israels wird davon nicht berührt.)

Mit Ä g y p t e n und auch mit S y r i e n könnte sich Amerika im Grund verständigen, soweit es sich um die Belange der arabischen Nationalbewegung handelt. Aber wie will es die beiden Länder für seinen Kreuzzug gegen den Kommunismus gewinnen, wo doch Ägypten auf ein gutes Verhältnis mit der Sowjetunion angewiesen ist und eine betont neutralistische Linie verfolgt, so wie andererseits Syrien froh ist, von der Sowjetunion Waffen geliefert zu bekommen, um sich gegen die herausfordernde Angriffigkeit des I r a k zu wehren, das von England gestützt wird? Kurz, jener Libanese – ein den Westmächten zugeneigter Politiker – hat wohl recht, wenn er einem Korrespondenten der «New York Times» gegenüber meinte: «Die Eisenhower-Doktrin wird sich der Öffentlichkeit in diesem Weltteil so darstellen, daß die Vereinigten Staaten alles Ansehen verlieren werden, das sie durch ihre Haltung in der Suezkanal-Krise gewonnen haben.»

Das meinte auch Professor G. Barraclough, der Nachfolger Arnold Toynbees am Britischen Institut für Internationale Angelegenheiten, wenn er es in «The Nation» (9. Februar) beklagt, daß Amerika aus dem Suezkrieg so wenig gelernt habe wie Frankreich und Großbritannien. Es habe zwar diesen Krieg nicht verloren, stehe aber im Begriff, mit seiner Mittelostpolitik den F r i e d e n zu verlieren, weil es nicht begreife, daß «die Grundsorge der in Frage kommenden Völker nicht darin besteht, welchem Lager sie sich anschließen sollen, sondern darin, jeden Anschluß an das eine oder andere Lager zu vermeiden». Washington müsse sich klar darüber werden, «daß die Völker Asiens und Afrikas viel mehr am Nationalismus und an der Verbesserung ihrer Stellung (und zwar nicht einfach bloß im Sinne wirtschaftlicher Hebung) interessiert sind als an dem ideologischen Kampf zwischen Kommunismus und westlicher Demokratie. Gegenwärtig reden die Vereinigten

* Nehru sagte am 23. Dezember 1956 in Ottawa, die Zustände in Algerien seien «nicht besser, sondern schlimmer als in Ungarn».

Staaten eine Sprache, die die Afro-Asiaten nicht verstehen.» Außerdem müsse man in Amerika den russischen Standpunkt viel realistischer würdigen. Das Interesse der Sowjetunion am Mittelosten, der schließlich vor der Schwelle Rußlands liege, sei durchaus begreiflich. «Es wäre ebenso logisch, zu erwarten, der Kreml könne gegenüber den Vorgängen in Iran oder Ägypten gleichgültig bleiben, wie wenn man erwarten wollte, im Weißen Haus interessiere man sich nicht für Mexiko oder Panama. Jeden russischen Schritt in diesem Raum argwöhnisch als Bestandteil eines feingesponnenen Planes für imperialistische Ausdehnung zu behandeln, wäre nicht nur eine Fehlbeurteilung offenkundiger geopolitischer Tatsachen, sondern schafft auch eine Konfliktsphäre, die es unmöglich macht, russische Vorstöße auf anderen Gebieten (zum Beispiel in der Abrüstungsfrage) auf ihren wirklichen Gehalt hin zu prüfen.»

Ost- und Südasiens Am stärksten wird sich aber der amerikanische Neimperialismus und Antikommunismus an dem Selbständigkeitswillen der Völker Ost- und Südasiens stoßen. Die Vereinigten Staaten können vor allem mit dem neuen China in kein aufrichtiges Koexistenz-Verhältnis kommen, solange sie ihre sowjetfeindliche Blockpolitik fortsetzen. Und dieses China mit seinen 600 Millionen begabter, fleißiger Menschen wandelt eben immer deutlicher das Gesicht Asiens, ja der Welt um. Es bleibt trotz allem, was in Europa geschehen ist und weiter geschehen mag, fest an der Seite der Sowjetunion und hält die unterentwickelten Länder zum mindesten dem amerikanischen Machtblock fern. Die kürzliche Reise Tschu En-lais nach Vietnam und Kambodscha, nach Indien und Burma, nach Moskau und Warschau war in dieser Beziehung höchst aufschlußreich. Gegen das chinesische Schwergewicht kommt alle Kraftentfaltung Amerikas auf Formosa, in Südvietnam und in Südkorea auf die Länge einfach nicht auf, so wenig wie die Vereinigten Staaten verhindern werden, daß Japan sich wieder auf eigene Füße stellt und seine natürliche Verbindung mit China, besonders seine Handelsbeziehungen, planmäßig wiederherstellt und entwickelt. Als atomische Operationsbasis Amerikas gegen China – das kann mit Sicherheit gesagt werden – wird sich Japan keinesfalls mißbrauchen lassen.

Auch mit Indien wird Amerika kein Glück haben. Wie will es sich denn Indien zum Freund machen, wenn es China boykottiert, Pakistan aufrüstet und Kaschmir von Indien zu trennen hilft? Namentlich die Kaschmir-Frage hat in den letzten Wochen Indien und die Vereinigten Staaten (samt Großbritannien) gegeneinander aufgebracht. Der Sicherheitsrat der UNO hatte sich am 23. Januar gegen den Beschluß der Nationalversammlung von Srinagar ausgesprochen, das seit 1947 hart umstrittene Kaschmir endgültig Indien anzugliedern,

und zuvor eine Volksabstimmung im Lande gefordert, wie sie auch Indien seinerzeit grundsätzlich angenommen hatte, und zwar unter der Aufsicht der Vereinten Nationen. Eine neue, im Sicherheitsrat eingebrachte Resolution ist zwar am 20. Februar durch das Veto der Sowjetunion zu Fall gebracht worden, aber damit ist die Sache nicht erledigt, da sich Indien mit aller Kraft gegen jeden Versuch sträubt, durch ein scheindemokratisches Verfahren und unter Mitwirkung von UNO-Truppen Kaschmir ganz oder teilweise Pakistan einzuverleiben. In einer Rede in Madras erinnerte Nehru (nach den «India News» vom 9. Februar) daran, daß sich Indien mit einer Volksabstimmung nur unter der Bedingung einverstanden erklärt habe, daß die in Kaschmir eingefallenen pakistanischen Streitkräfte, die seither den Nordteil und ein Stück im Westen des Landes besetzt halten, sich zurückzögen. Indien habe die Pflicht gehabt, Kaschmir gegen den pakistanischen Angriff militärisch zu schützen. «Hätten wir dies damals nicht getan, so wäre Kaschmir eine rauchende Trümmerstätte geworden, und es wäre zu einem Krieg großen Ausmaßes zwischen Indien und Pakistan gekommen . . . Wir hätten damals Pakistan angreifen können, waren wir doch militärisch viel stärker als Pakistan. Aber wir taten es nicht. Um einen Krieg mit Pakistan zu vermeiden, gingen wir vor den Sicherheitsrat und verlangten, er solle Pakistan ermahnen, keinen Angriff auf Indien zu begünstigen. Wir haben in diesen neun Jahren nie eine Antwort auf dieses Verlangen bekommen.»

Dafür haben die Vereinigten Staaten seither Pakistan mit beträchtlichen Waffenmengen beliefert, was Pakistans militärische Stellung gegenüber Indien und Kaschmir wesentlich verbesserte. Warum das? Ein Blick auf die Karte gibt die Antwort. Die Pässe Kaschmirs stellen die wichtigsten Übergänge nach China und (über einen schmalen Streifen von Ost-Afghanistan) nach der Sowjetunion dar, und es fällt der amerikanischen Propaganda nicht schwer, die Gefahr eines sowjetisch-chinesischen Angriffs auf Pakistan, Afghanistan und so weiter, der auf diesem Wege geführt werden könnte, an die Wand zu malen. Schon die Engländer sorgten sich immer um die Nordwestprovinz Indiens. Sir J. R. Seeley weist in seinem Buch «The Expansion of England» darauf hin, daß «unsere drei Vorgänger im Indischen Reich, die Maharrattas 1761, die Mogulen 1738 und das ältere Musulmanische Reich 1398, auf die nämliche Art einen tödlichen Schlag von einer Macht erhielten, die plötzlich über Afghanistan in Indien einfiel.» Heute, so fährt er fort (Seeley schrieb das 1883), sei die auswärtige Macht, die Indien bedrohe, Rußland, das in Asien beispiellose Eroberungen gemacht habe. England sei zwar bisher mit inneren Schwierigkeiten in Indien – so mit der großen Meuterei von 1857 – noch immer fertig geworden. «Was aber, wenn eine Meuterei und ein russischer Einfall zusammentreffen? . . . Das ist die Gefahr, die seit 1830 ins Auge gefaßt worden ist. Die Regierung kann sich im Innern und nach außen behaupten. Aber sie

hat nur wenig überschüssige Kraft und muß sich ängstlich vor jeder Verbindung ihrer innerpolitischen und ihrer ausländischen Feinde hüten.»

England ist inzwischen die Sorge um Indien losgeworden. Aber es hat nicht die Angst vor dem Kommunismus verloren und sich, als rapid absteigende Macht, an Amerika angehängt, das sich auch in Asien die Sicherung der Welt gegen die soziale Umwälzung zur Aufgabe gemacht hat. Vergebliches Bemühen! Die Umwälzung wird kommen; die Frage ist nur, in welcher Form und in welchem Geist, ob mit mehr oder weniger gewalttätigen Mitteln oder in freiwilliger sozialistischer Aufbauarbeit, wie sie gerade Indien, aber auch Burma und in Afrika zum Beispiel die Goldküste unternommen hat, die unter ihrem alten Namen Ghana am 6. März als erstes schwarzes Dominion ihre volle nationale Unabhängigkeit im britischen Staatenbund gewinnen wird. Es wäre ein Verhängnis, wenn in dieser ganzen Lage die Vereinigten Staaten ihren imperialistisch-kolonialistischen Weg weitergingen und ihrem Traum vom «amerikanischen Jahrhundert» nun erst recht nachjagen wollten – einem Traum, der angesichts der stürmischen Freiheitsbewegung der unterentwickelten Völker keinerlei Aussicht auf Erfüllung hat, wohl aber zum bewaffneten Zusammenstoß der alten, bürgerlich-kapitalistischen Welt mit der aufsteigenden jungen Welt des Sozialismus führen kann. Des Sozialismus, sage ich; denn ich bin überzeugt: der Gewaltkommunismus ist nur ein Durchgangsstadium – infolge der geistigen und wirtschaftlichen Unreife der «zurückgebliebenen» Völker und durch schwere Schuld der «fortgeschrittenen» Nationen ein unvermeidlich gewordenes Stadium zwar, aber doch nur ein Übergang. Trotz allen Rückschlägen, wie sie jetzt Ungarn gebracht hat, und allen Verhärtungen und Versteifungen geht der Weg deutlich auf einen freiheitlichen, menschlichen Sozialismus hin. Möge sich auch der Westen ihm rechtzeitig öffnen und damit die Kräfte freimachen helfen, die in den heute kommunistischen Ländern nur darauf warten, daß sie ans Tageslicht treten können, ohne erst durch die furchtbare Erfahrung eines notwendig fehlschlagenden bewaffneten Aufstandes hindurch zu müssen!

26. Februar

Hugo Kramer



Je mehr mir im Laufe meines Lebens deutlich wurde, wie die Existenz der Völker heute an der Entscheidung für das hängt, was nun im Kommen ist, was nun geschaffen werden muß, damit Mißachtung und Ausbeutung ein Ende finden, desto überzeugter wurde ich, im Ruf des Marxismus ein Stück des Rufes des Gottes zu finden, den Jesus Christus verkündigte.

Emil Fuchs